



AMTSGERICHT RECKLINGHAUSEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch 04.06.2025, 11.00 Uhr,,
im Amtsgericht Recklinghausen, Reitzensteinstraße 17 - 21, I.
Obergeschoss, Saal 127**

die im Grundbuch von Datteln Blatt 12337 eingetragenen Grundstücke

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Datteln, Flur 63, Flurstück 257, Gebäude- und Freifläche,
Westremstraße 10, groß: 641 m²

Gemarkung Datteln, Flur 63, Flurstück 262, Gebäude- und Freifläche,
Westremstraße 10, groß: 83 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein vollständig unterkellertes, zweigeschossiges Zweifamilienhaus ohne ausgebauten Dachstuhl sowie 2 PKW-Stellplätzen. Wohnfläche Erdgeschoss ca. 110 m², Wohnfläche Obergeschoss ca. 111 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 20.07.23 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 265.500,00 € (Flurstück 257) und auf 34.500,00 € (Flurstück 262) festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Recklinghausen, 07.04.2025